



Karl X. von Frankreich
verschleppt seit 1830

Wandernde Särge

Ein König findet keine Ruhe

Nur die Schlüssel ließen die Franziskanermönche des Klosters Castagnavizza zurück, als sie vor den Jugoslawen über die steinwurfnahe Grenze nach Italien auswanderten. Die Obhut über das Kloster vertrauten sie ihren Ordensbrüdern in Laibach an. Ihrer Fürsorge empfahlen sie auch die Sarkophage der letzten Bourbonenkönige, die in der Krypta der Klosterkirche ruhen.

In der rauen Stadt Görz, zwischen deren Toren und dem Kloster die neue Grenze verläuft, reklamieren die Behörden die Bourbonensärge. Nur auf italienischem Boden und in ihrer Stadt könnten die letzten Nachfahren der alten französischen Königsfamilie wirklich ihre letzte und endgültige Ruhestätte finden.

Aber noch kann niemand sagen, ob die neuen jugoslawischen Behörden die Ueberführung gestatten werden. Die Regierung in Rom hat sich eingeschaltet. Sie hat die alliierte Militärkommission in Italien um Vermittlung gebeten. Diese hat das Gesuch an die Regierungen in London und Washington weitergeleitet.

Es sind sechs Särge, die ihre Staatszugehörigkeit zu wechseln suchen. In den Särgen ruhen die Gebeine Karls X., des letzten legitimen Bourbonenkönigs von Frankreich, und seiner Nachkommen bis zum Aussterben dieses Familienzweiges im Jahre 1883.

Seitdem Karl X. vor dem Sturm der Juli-Revolution 1830 sein Land verlassen und seinen Thron dem „Bürgerkönig“ Louis Philippe cüräumen mußte, hat er keine Ruhe mehr gefunden. Im Leben nicht und nicht im Tode.

Er war nach Prag emigriert. Aber das böhmische Klima behagte ihm nicht. Auf umständlichen Wanderwegen kam er im Oktober 1836 nach Görz. Doch nur, um knapp vier Wochen später zu sterben. Die Franziskaner von Castagnavizza bereiteten ihm und seinen Nachkommen eine Ruhestätte in ihrer Kirchenkrypta.

Dort ruhten sie, bis während der Isonzschlachten des ersten Weltkrieges auf An-

ordnung der Habsburger die Särge in das Karmeliterkloster bei Döbling gebracht wurden. Bis zum Jahre 1927. Da hatte es Exkaiserin Zita, die Witwe des letzten gekrönten Habsburgers Karl, durchgesetzt, daß die Särge wieder nach Castagnavizza zurückgebracht wurden.

Nun sollen sie wieder wandern. Diesmal, so sagt der Magistrat von Görz, zu ihrer endgültigen letzten Ruhestätte.

Der Stiefel drückt

Italien humpelt weiter

Als der 73 Jahre alte italienische Außenminister Graf Sforza sich in den Palazzo Chigi begeben wollte, um den britisch-italienischen Handelsvertrag zu unterzeichnen, wurde er von Demonstranten angerepelt und festgehalten. 10 Polizisten standen daneben und schauten sich den Vorfall an.

In Sizilien wurde Premierminister de Gasperi durch Sprechchöre daran gehindert, eine Rede zu halten. Wie er sagt, verzichtete er daraufhin, zu den Sizilianern aus Anlaß der Wahlen zu sprechen, um Zusammenstöße zu vermeiden.

Die Unruhen in Italien nehmen ständig zu. Es sind in erster Linie arbeitslos gewordene ehemalige Kriegsgefangene und Jugendliche, die in den Hauptstraßen der italienischen Städte demonstrieren. Besonders wild ging es auf dem Schwarzen Markt in Rom zu. Ein Zug von ungefähr 200 Demonstranten stürmte die Stände der Schwarzmarkthändler. Während dieser Ausschreitungen wagte die Polizei nicht, einzugreifen. Sie befürchtete Straßenschlachten. Um wenigstens etwas zu tun, hatte die Polizei amerikanische Jeeps als Sperrn auf den Fahrbahnen und Bürgersteigen aufgestellt. Die Jeeps waren vor einigen Monaten aus den Beständen der amerikanischen Invasionsarmee an die italienische Regierung verkauft worden.

Die Schwarzhändler beklagten sich darüber, daß die Polizei nichts zu ihrem Schutze unternommen und vor den Demonstranten klein beigeben habe. Die Unruhen hatten gleichzeitig Plünderer angelockt, die von den Schwarzmarktwaren fortschleppten, was sie erreichen konnten. Ein Polizist versuchte, die Ehre

seines Standes wahrzunehmen und das Plündern zu verhindern. Er wurde kurzerhand von einem Demonstranten mit einem schweren Brotlaib zu Boden geschlagen.

Als der Fotoreporter der „New York Herald Tribune“ versuchte, diese Vorgänge im Bilde festzuhalten, sah er sich plötzlich von 20 Demonstranten umringt. Sie verlangten von ihm seine Kamera und vernichteten den soeben belichteten Film. Dann erkannten sie in ihm den Mann, der tags zuvor die Ausschreitungen gegen Graf Sforza fotografiert hatte und forderten nun von ihm das Honorar. daß er für seinen Schnappschuß erhalten habe.

Sprechchöre wurden gebildet. Sie riefen: „Warum geht Ihr Amerikaner nicht nach Hause?“

Die Unruhen haben auf Genö, Turin, Novara und andere italienische Städte übergegriffen.

Die Kundgebungen werden auf einen neuen kommunistischen Feldzug gegen die Regierung zurückgeführt. Die Kommunisten behaupten, sie würden die Interessen des kleinen Mannes in Italien verteidigen. Sie verlangen ein System, nach dem „derjenige, der mehr besitzt, auch mehr bezahlen soll, und derjenige, der weniger hat, mehr erhalten soll“. In Sizilien wurden die Kundgebungen gegen de Gasperi vor allem von Monarchisten und Unabhängigen, die für die Selbständigkeit der Insel kämpfen, veranlaßt.

Die politische und soziale Krise, die das Land im Augenblick durchmacht, wird als sehr ernst bezeichnet. Die Regierung hat sich gezwungen gesehen, ein Gesetz zu erlassen, das Kundgebungen und Demonstrationen auf öffentlichen Plätzen verbietet. Ein Vertreter der United Press in Rom sieht darin „die drastischste Handlung seit der Befreiung vor zwei Jahren“. Er meint weiter, die Regierung sei durch die neuen Agitationsmethoden und die soziale Krise in ihrer Stellung stark erschüttert worden.

Schuld an den Unruhen sind die zu hohen Lebenshaltungskosten und die Arbeitslosigkeit. Die Regierung de Gasperi hat zwar eine Reihe von außerordentlichen Maßnahmen beschlossen, in denen sie die Rückkehr zu einer normalen Friedenswirtschaft sieht. Neben einer gestaffelten Vermögensabgabe und Steuererhöhung ist beabsichtigt, die Lebensmit-



Das Honorar für die Aufnahme forderten die Demonstranten — Protestkundgebung vor dem italienischen Außenamt

telpreise um 5 Prozent herabzusetzen. Die Gehälter der Minister will man um 10 Prozent kürzen. Um den Etat auszugleichen, werden ferner die Gebühren für Post, Telefon und Gas erhöht. Auch die Bekämpfung des Schwarzhandels taucht in dem Regierungsprogramm wieder auf.

Die von der Regierung erwartete psychologische Wirkung dieser Maßnahmen ist nicht eingetreten. Die Preise für Brot und Milch sind sogar noch gestiegen und andere Lebensmittel plötzlich vom freien Markt verschwunden. In den Betrieben streikt die Belegschaft, um bessere Löhne zu erreichen. Auch öffentliche Angestellte und Gemeindebeamte verlangen Lohnerhöhungen.

Das Kabinett blickt hilflos nach den Vereinigten Staaten. Man hofft auf den Kredit, den Ministerpräsident de Gasperi von seiner Amerikareise im Januar auf dem Papier mitgebracht hatte. Die 100-Millionen-Dollaranleihe ist allerdings vorläufig ein Wechsel auf lange Sicht. Italien hat bisher nur kurzfristige Kredite zur Bezahlung von Getreide- und Kohlenlieferungen erhalten.

Der Präsident der Bank von Italien hat erklärt, eine Anleihe von mindestens 50 Millionen Dollar sei zur Ueberwindung der gegenwärtigen Krise unerlässlich. Die Amerikaner entgegnet jedoch, Italien solle zuerst einmal eine stabile Regierung bilden, die Autorität und das Vertrauen des Auslandes besitze.

100 Millionen Franzosen

Es knistert im Kolonialreich

Frankreichs Staatspräsident Vincent Auriol fuhr mit dem Kreuzer „Richelieu“ von Toulon nach Dakar, dem Haupthafen der westafrikanischen Kolonialgebiete.

Bei der Ausreise erschien über der „Richelieu“ ein Flugzeug. Pilot war Jules Moch, der Minister für öffentliche Arbeiten. Er übermittelte dem Präsidenten durch Funktelefon die besten Wünsche des Ministerpräsidenten Ramadier und seines Vorgängers Leon Blum. Präsident Auriol war sehr gerührt.

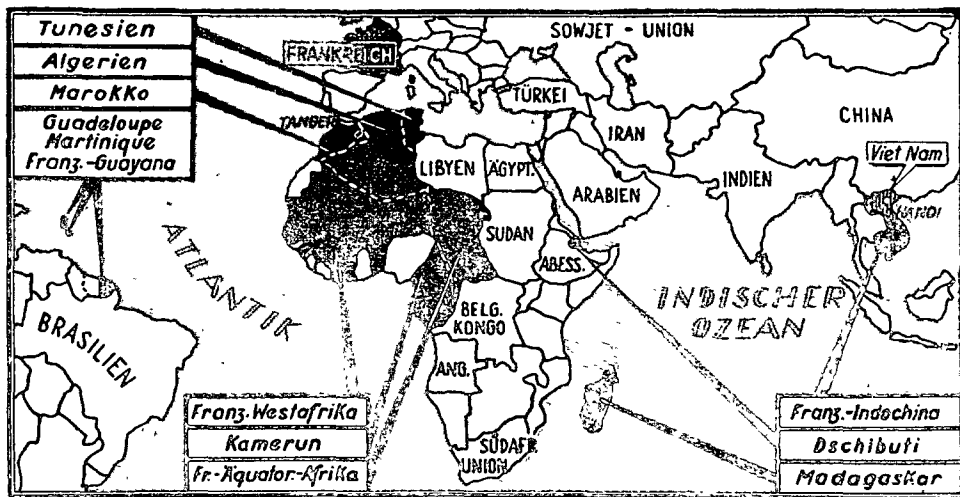
Er konnte diese Wünsche brauchen, denn er hat eine anstrengende Reise vor sich. Für Frankreich hängt viel von ihr ab. Sie führt ihn von Dakar auf dem Luftwege nach Saint Louis an die Mündung des Senegal, tief ins Hinterland und später zur Elfenbeinküste. Überall sind Empfänge und Zeremonien vorgesehen, die die Bindungen zum Mutterland stärken sollen.

Die „Richelieu“ ist der französische „Vanguard“^{*)}. Die Parallele mit der Südafrika-Reise der britischen Königsfamilie ist auffallend. Aber Auriol wird weniger glanzvoll empfangen als das Königshaus. In Dakar gab der Bürgermeister ein Festessen zu Ehren des hohen Gastes. Nach dem Essen erkrankten 20 Reisebegleiter des Präsidenten an Vergiftungserscheinungen.

Ursprünglich war auch ein Besuch in Nordafrika beabsichtigt. Er ist „Umstände halber“ zunächst wieder abgesagt worden. Dafür hat der Sultan von Marokko, Sidi Mohammed Ben Jussef, eine Staatsvisite in Tanger gemacht. Es war das erstmal seit 1889, daß ein marokkanischer Sultan die internationale und die spanische Zone durchreiste.

Sidi Ben Jussef sprach von Tanger als der „diplomatischen Hauptstadt Marokkos“ und betonte die Verbundenheit mit den in der arabischen Liga vertretenen Ländern des Mittleren Ostens. Das hat in französischen Kreisen Beunruhigung hervorgerufen.

^{*)} Die englische Königsfamilie fuhr am 31. Januar mit dem Schlachtschiff „Vanguard“ nach Kapstadt.



Frankreich und überseeische Besitzungen

Schon vor kurzem kam es in Casablanca zu einem ersten Zusammenstoß zwischen Eingeborenen und dort stationierten französischen Senegaltrouppen. Es entwickelte sich eine regelrechte Schlacht, bei der es außer mehreren hundert Verwundeten 61 Tote gab. Die Unruhen nahmen ihren Ausgang im Freudenviertel Casabancas. Ein Berichterstatter der United Press sieht in ihnen den Beginn größerer Aktionen.

Marokko ist im Westen des Mittelmeeres ebenso wichtig, wie es Palästina im Osten ist. Außerdem grenzt es an Algerien. Auch dort ist die Lage für Frankreich gefährlich, obgleich Algerien mit seinen drei Departements ein Teil des Mutterlandes ist, also nominell dem europäischen Frankreich gleichsteht. Die algerische Volkspartei ist verboten. In der Pariser Kammer gibt es nur fünf Deputierte, die einer anderen Partei angehören. Dem Parteiführer Messali Hadsch wurde die Aufenthaltserlaubnis in den Städten versagt. Seine Anhänger kommen deshalb zu ihm aufs Land, so daß er Versammlungen mit bis zu 5000 Zuhörern seine Unabhängigkeitsgedanken vortragen kann.

Innenminister Depreux reist augenblicklich durch Algerien, um eine neue Territorialverfassung vorzubereiten. Er ver-

sucht, die gemäßigte, sogenannte Manifest-Partei, gegen die Unabhängigkeitsvertreter auszuspielen. „Aber es“ scheint, daß die Franzosen zu lange gewartet haben und daß auch Zugeständnisse zu spät kommen, um einen nationalistischen Erdrutsch abzufangen.“ So urteilt die Londoner Zeitschrift „Tribune“.

Frankreich hat in Nordafrika bereits 100 000 Soldaten. Weitere 200 000 werden im nächsten Monat eingezogen. Inzwischen sind Verstärkungen aus der französischen Besatzungsarmee in Deutschland nach Algerien und Marokko kommandiert worden.

Ein weiteres Beispiel für die Krise im französischen Kolonialreich ist Madagaskar. Diese große Insel, der südlichen Ostküste Afrikas vorgelagert, befindet sich seit dem 30. März im Aufstand. Die Nachrichten sind nicht ganz durchsichtig. Der Hohe Kommissar, Marcel de Coppet, hält widerspruchsvolle Reden. Einmal behauptet er, der Aufruhr sei niedergeschlagen. Dann wieder kündigt er militärische Verstärkungen an. „Das Volk von Madagaskar hat versucht, seine Kräfte mit Frankreich zu messen und dabei einen elenden Fehlschlag erlitten. Die Autonomisten-Partei besteht nicht mehr, und wenn Köpfe rollen müssen, werden sie rollen.“ Sagte er. Inzwischen werden französische Luftstreitkräfte und Fallschirmtruppen zu neuen Kämpfen eingesetzt.

In Viet Nam kämpft Frankreich für Afrika, stellt die „Tribune“ fest. Das Ende des Ringens um Indochina ist noch nicht abzusehen. Es gleicht einer Lawine, die alles mit sich reißt.

Um den Abfall der Kolonien aufzuhalten, baute man den Gedanken der „Union Française“ in die Verfassung der Vierten Republik ein. Diese Französische Union soll die koloniale Abhängigkeit durch eine Gleichheit ersetzen, in der das Mutterland die Rolle einer freundlichen Führung übernimmt. „Das Kolonialreich ist tot. An seiner Stelle errichteten wir die Union. Frankreich bereichert, geädelt und vergrößert, wird morgen 100 Millionen Bürger und freie Menschen besitzen.“ Mit diesen Worten des Generalberichterstatters Pierre Cot in der Verfassunggebenden Nationalversammlung sollte das Kolonialproblem gelöst werden.

Als in einer Debatte über die Verfassung der Vierten Republik ein Abgeordneter der überseeischen Gebiete von seinem Vaterland jenseits des Wassers sprach, wurde er durch einen wütenden Zwischenruf zurechtgewiesen: „Ihr Vaterland heißt Frankreich, mein Herr!“ Das war vor allerdings einigen Monaten, berichtet das Schweizer „St. Gallener Tagblatt“.



„Platz des Todes“ in Marrakesch, Residenz des Sultans von Marokko